

Geld für Bürgerstiftung

UFW beantragen Anschubfinanzierung von 300 000 Euro

Kernen. Die Unabhängigen Freien Wähler Kernen (UFW) wollen die kürzlich aufgekommene Idee einer Bürgerstiftung jetzt voranbringen. Zum Haushaltsplan für 2005 beantragen sie eine Anschubfinanzierung von 300.000 Euro. Sie wollen dafür die Zinsen aus der Sonderrücklage verwenden, in der ein Teil des Erlöses der Neckarwerke-Aktien geparkt ist. Der noch vorhandene Rest des Millionenerlöses ist im Haushaltsplan dieses und der nächsten Jahre fest verplant, Am Gedanken eines fest angelegten Vermögens halten die UFW aber fest: „Zunehmende Pflichtaufgaben ohne Kostenersatz, steigende Standards in der Daseinsfürsorge und sinkende Steuerkraft der Gemeinde gefährden seit Jahren die nachhaltige Entwicklung Kernens“, sagt der UFW-Fraktionsvorsitzende Hans Dietzel. Da alte Aufgaben zumeist weitergeführt werden sollen, fehlt in dieser Situation für neue Anforderungen das Geld. „Damit geraten die freiwilligen Leistungen für unsere Bürger zusehends unter die Räder.“ Andererseits gibt es durchaus Einwohner, die reich sind: „Mehr und mehr Wohlstand wird an immer weniger Personen vererbt“, sagt Hans Dietzel und hofft, dass mit einer Bürgerstiftung ein „Sammelbecken für Spenden und Erbschaftsteile“ entsteht, das in den nächsten Jahren mit seinen Erträgen freiwillige Leistungen an die Bürgerschaft fördert und am Leben erhält, wenn die Gemeinde sich mehr und mehr auf ihre Pflichtaufgaben zurückziehen muss. Die jetzt beantragte Gründung einer Bürgerstiftung soll nach Meinung von Dietzel die Initialzündung sein, damit Bürger sich engagieren. „Das Ziel sollte sein, in konzentrierter Aktion das Stiftungskapital der Gemeinde in wenigen Jahren durch private Spenden und Erbschaften mehr als zu verdoppeln.“

In einem weiteren Antrag fordern die UFW, das System der Vereinsförderung von einer Pauschalleistung auf einen Förderbeitrag für das ehrenamtliche Engagement in und für die Bürger der Gemeinde umzustellen. Auch davon erhoffen sich die UFW, dass angesichts der knappen finanziellen Mittel der Gemeindeverwaltung ehrenamtliche Angebote in der Bevölkerung geschaffen oder bekannter werden. „Aufgaben, die die Gemeinde in den vergangenen Jahrzehnten übernommen hat, werden wieder an ehrenamtliche Initiativen zurückgegeben werden müssen“, sagt der UFW-Fraktionsvorsitzende voraus.

Hans-Dieter Wolz

Quelle: Fellbacher Zeitung 11.01.2005